

# Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortlicher: Tagesblatt Riesa, General-Adm.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Kreisoberamts Riesa, des Amtsgerichts, der Kreisbauverwaltung beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Gesundheitsamts Riesa.

Postfach: Dresden 1880, Grolasse Riesa Nr. 22.

Nr. 68.

Dienstag, 22. März 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Verzögerungen der Abgabe und Materialpreiserhöhungen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung vor. Angewandt ist die Nummer des Ausgabestages bis 9 Uhr vormittags auszugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 32 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Stößen) 25 Gold-Pfennige; die 32 mm breite Kettensatzzeile 100 Gold-Pfennige. Zeitraube und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Gestaltliche Anfertigung des Textes, Nacharbeiten und Fehlarbeiten. Nachdruck und Verweigerung der Rechte vorbehalten. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegerungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langens & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hilsmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittsch, Riesa.

## Kantons Sieg.

Die Truppen der südschinesischen Kantongregierung sind namentlich in Schanghai eingerückt. Sie besetzen das Chinesenviertel, verbarrikadierten sich in der Stadt, anschließend in der Erwartung, daß neue Kämpfe bevorstehen. Wer in diesem neuen Kampfe den Kantontuppen als neuer Gegner gegenübertritt, wird, das lehnen die englischen Kanonen die britischen Maschinengewehre, die in den Konzeptionen konzentrierten Truppen Großbritanniens. Die nächsten Tage dürften Entscheidungen bringen, die die weitere Gestaltung der Krise in China bestimmen und festlegen. Es bleibt abzuwarten, wie sich England den steigenden Truppen Kantons gegenüber in Schanghai verhalten wird. Ob es ein Kompromiß suchen will, oder eine bewaffnete Auseinandersetzung.

Mit der Einnahme Schanghais hat die südschinesische Regierung einen Erfolg errungen, der einen völligen Sieg ihrer Bestrebungen und Ziele nahekommt. Man hat zu beachten, daß namentlich zwei Drittel Chinas von Kantons beherrscht wird. Man erkennt hieraus, daß zum mindesten die Einnahme des Reiches Fortschritte macht. Da auf Grund der letzten Erfolge Kantons der endgültige Sieg der südschinesischen Regierung zur Gewissheit geworden ist, so dürfte eine Darlegung des politischen Programms Kantons und der Gründe, die den ganzen unpolitischen Kampf der letzten Jahre bedingten, wesentlich zu einer Klärung der Verhältnisse in China beitragen. Vor kurzem stellte in Berlin ein Journalist an einen angesehenen chinesischen Diplomaten die Frage, ob er die Ideen der Nationalpartei Nordchinas und die Ideen Kantons in bestimmte Formen fassen könnte. Die Antwort des Chinesen ist folgendermaßen und symptomatisch für die Auffassung der Chinesen, die die Bildung, Intelligenz Chinas repräsentieren. Der Chineser sagte mit dem höchsten Ernst: „Die Nationalpartei hat keine Ideen, sie hat nur Truppen.“ Diese Antwort des Chinesen greift in das Kernproblem des ganzen Chinesen Problems hinein. Aus es zu erkennen, einige Einzelheiten aus der letzten geschichtlichen Entwicklung Chinas. So lange die Mandchudynastie noch das Heft in der Hand hatte, gab es in China keine Vereinheitlichung. Das riesige Reich, die Verwaltung der einzelnen Provinzen, das Militär, also die gesamte staatliche Autorität, lag fest in den Händen Befehlshaber. Als die Mandchudynastie den revolutionären Wirren weichen mußte, und die neuen Männer Chinas der fortschrittlichen Entwicklung des Abendlandes Rechnung tragen, dem Lande endlich eine Verfassung gaben, zerbrach mit einem Schlag die Einheit Chinas. Die einzelnen Provinzen des riesigen Reiches erhielten Gouverneure, denen eine große Selbständigkeit eingeräumt wurde. Politischer Ehrgeiz, heimliche Profitgier, schließlich auch politische Meinungsverschiedenheiten trieben die Gouverneure in eine Fehde gegenüber agrarischen und abweichenden Dingen. Verschiedene Gouverneure und Generale sagten sich zueinander von der Fehde ab und nahmen los, etablierten eigene Kabinette und regierten ihre Provinzen nach eigenem Gutdünken, ohne sich um die Anordnungen Pekings zu kümmern. Zunächst verlor die zentrale Regierung Chinas dieser liberalistischen Bewegung im Lande Herr zu werden. Ihr Jugendschwarze war jedoch zu schwach, vermutlich fehlten auch die bekümmerten Mittel. Eifersüchteleien innerhalb der Zentralregierung selbst — kurz und gut Peking gab den Kampf auf, ließ die Bewegung laufen, wohin sie wollte. Inzwischen hatte sich im Reich eine Gruppierung vollzogen. Im Norden Chinas gelang es Tschangschin, die verschiedenen Gouverneure und Generale unter einen Hut zu bringen. Im Süden dem Oberbefehl Kantons. Während der Kampf von Nutzen aus nur in dem Willen geführt wurde, die Macht, d. h. die gesamte staatliche Autorität über das Reich zu erlangen, entstand der Südkanton Chinas durch das Auftreten Sunjatsens eine Idee, ein Bewusstsein, der die Massen anzubieten. Die Befreiung Chinas von den ungerechten Auslandsverträgen und schließlich die Uebertragung der Macht in China an eine ausgetragene Volksregierung. Diese letztere Forderung näherte sich stark sozialistischen Gedankengängen. In Moskau wurde man aufmerksam: Eine Volksregierung in China? Das ist für die Sowjets keine geeignete Gelegenheit, dem englischen Kapitalisten und Gegner in Asien einen fürchterlichen Schlag zu versetzen. Die Kantongregierung erhielt Geld aus Moskau, sie erhielt russische Militärinstrukturen, russische Waffen und Munition und ein ungeheures Propagandamaterial. Allerdings ein Propagandamaterial für die bolschewistische Idee. Russische Propagandareisende liefen die Massen des chinesischen Proletariats auf. Es kam (man beachte ausgerechnet in den Städten, wo sich andere englische Konzeptionen befinden) zu ungeheuren Aufständen, Zusammenrottungen, Plünderungen, zu einer Gefahr drohenden Bewegung gegen den Handel und die Wirtschaft der ausländischen Konzeptionen. Es läßt sich heute nicht bezweifeln, wie groß der finanzielle Schaden ist, der dem britischen Handel durch die zahlreichen Aufstände zugefügt wurde. Jedenfalls ist er beträchtlich, was die Moskauer Herren lehnen dürfte, daß die Chinesen sich gelohnt haben.

In Kantau kam es zu dem für England sehr blamablen Vorfall in den Konzeptionen. London wachte damals nicht, es auf einen Kampf antworten zu lassen, zog seine Truppen in Kantau zurück und kapituliert vor dem Willen der Russen. Die englische Flagge von der britischen Konzeption in Kantau niedergebott, die Verwaltung der Provinzen den chinesischen Behörden über-

## Strefemann über Probleme der Weltpolitik.

Berlin. (Zusammenfassung.) Bei der Einbringung des Etats des Auswärtigen Amtes nahm heute mittag der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Strefemann das Wort zu einer Rede, in der er sich mit den Problemen der Weltpolitik beschäftigte, die, wie er sagte, außerhalb unserer eigenen auswärtigen Beziehungen liegen, aber mehr oder weniger starke Auswirkungen auf die Fragen auslösen können, die uns direkt angehen. Reichsminister Dr. Strefemann beschäftigte sich zunächst mit dem

### Gesamter Haushalt des Auswärtigen Amtes.

Dieser Haushalt, so erklärt der Minister, spielt im Rahmen des gesamten Staatshaushalts nur eine sehr bescheidene Rolle. Im vorigen Jahr machte der Gesamtetat des Auswärtigen Amtes 55 Millionen Mark aus. Diesmal sind es 4 Millionen mehr. Festzustellen ist eine erfreuliche Verminderung der Einnahmen der Fahrgeldlöcher um 1 Million Mark. Der Rückgang ist zurückzuführen auf die Tendenz des Abbaus der Fahrgeldlöcher. Es würde mich freuen, wenn ich Ihnen einmal einen Etat vorlegen könnte, aus dem die Einnahmen aus den Fahrgeldlöchern überhaupt verschwunden sind, denn es ist eine der unerwünschtesten Erscheinungen, daß wir den Verkehr zwischen den einzelnen Ländern durch Fahrgeldlöcher erschweren, statt ihn zu fördern (Beifall).

### Der Minister behalte sich sodann mit dem

### alarmierenden Meldungen über Albanien.

Soweit sich die Dinge bisher von Deutschland aus übersehen lassen, laßt er sich für, glaube ich nicht, daß irgendwelche akute Gefahr besteht. Deutschland hat nur ein großes Interesse, daß die Bemühungen um die Herbeiführung einer internationalen Zusammenkunft am Wiederaufbau Europas nicht getrübt werden. Wir können nichts dabei gewinnen, daß Berwicklungen zwischen dritten Staaten entstehen. Für Deutschland kommt eine Politik der Sonderabstände nicht in Betracht, sondern nur eine Politik, die den Gedanken der Verständigung und des Ausleichs widersprechender Interessen fördert. Unter dem Blick ist gekennzeichnet durch die Verträge von Locarno, den Eintritt in den Völkerbund und den

laß übertragen. Man kann sich denken, welche Wirkung diese englische Schlappe auf den Kampfsgeist der Kantongregierung ausübte. Die Folgen zeigten sich in dem unwiderstehlichen Vormarsch der Kantontuppen und noch mehr in dem Jubel und in der Begeisterung, mit denen sie überall von der chinesischen Bevölkerung empfangen wurden. Die Kantongregierung bringt China die Befreiung vom ausländischen Joch! Die Gerechtigkeit ist in der überwiegenden Mehrheit der chinesischen Bevölkerung festgesetzt. Der Uebertritt verschiedener Generale der Nationalpartei und besonders das künftige Vergehen der Kantontuppen zeigen weiterhin, daß die Kraft der Gegner Kantons zu Ende geht.

Ob der endgültige Sieg Kantons China den Bolschewismus bringen wird? Es ist natürlich sehr schwer, hier eine Voraussage zu machen. Der das bolschewistische Volk kennt, seine Religion und seine Weltanschauung, der wird nicht an eine Bolschewisierung der Bevölkerungsmassen Chinas glauben. Aber daran, daß, wenn einmal die endgültige Einigung des Landes und die Befreiung von den ungleichen und den ungerechten Auslandsverträgen gekommen ist, das chinesische Volk wieder zu einer ruhigeren Betrachtung der politischen Dinge kommen wird. In der Ueberzeugung, daß ohne ausländisches Kapital und ohne Anwesenheit der Verwaltungstrüffel des Landes an die ausländische Kapitalwirtschaft der Aufstieg Chinas nicht möglich sein wird.

## Aufwertungsfragen und Volksbegehren.

Berlin. In der Aufwertungsfrage haben sich zwei große Gruppen gebildet, die diese Frage von neuem aufgerollt haben. Die eine Gruppe enthält die Sozialverbände unter der Führung des Abg. Behr, die zweite Gruppe ist die Reichsorganisationsgemeinschaft der Aufwertungsgeforderten und der Mietzergemeinschaften.

Der Sozialbund Bek hat den von diesem Abgeordneten ausgebrachten Aufwertungsbegehren im vorigen Jahre beim Reichsminister des Innern eingereicht. Dieser Entwurf mußte aber zurückgewiesen werden, weil er den Haushaltsplan des Reiches maßgebend beeinflusste und daher mit dem Artikel 28 Abs. IV der Reichsverfassung nicht vereinbar war. Die Arbeitsgemeinschaft hat damals fund gegeben, daß sie diesen Standpunkt von Anfang an eingenommen hätte und daher nicht mit dem Abg. Behr zusammengehe. Rummel hat die Arbeitsgemeinschaft am 28. Februar ihren Begehren beim Reichsministerium des Innern eingereicht und beantragt, diesen Entwurf zum Volksbegehren zuzulassen; der Entwurf nennt sich Gehör zur Wiederherstellung des Volkswagens. Der Entwurf stellt die Wiederherstellung der vor dem 1. Januar 1924 bezahlten verminderten Ansprüche vor. Alle vermögensrechtlichen Ansprüche sollen nach einem gewissen Index wieder hergestellt werden. Außerdem sollen die Ansprüche der Dauereigentümer, die in der Inflationszeit verkauft haben, wiederhergestellt werden, die Besitzer sollen einen Anspruch auf Rücküberlieferung bekommen. Ferner wird bestimmt, daß alle die so wiederhergestellten Ansprüche mit 4% Prozent verzinstant sein sollen, daß

Berliner Vertrag. Damit liegen unsere Absichten offen vor aller Welt zutage. Daß wir uns in dieser Situation von jeder unbilligen Einmischung fernhalten haben, verheißt sich von selbst.

Der Minister erklärte dann, daß die deutschen Boten in Auslands nur den Auftrag haben, sich zu orientieren. Auch in der Reichshauptstadt sind Besuche der Vertreter großer Mächte im Auswärtigen Amt aus diesem Anlaß erfolgt.

Der Minister beschäftigte sich dann mit der Anfrage einzelner russischer Zeitungen, ob Deutschland bei Bewilligungen in östlichen Ländern den Truppen von westlichen Mächten den Durchmarsch durch deutsches Gebiet zu gestatten habe. Für diese Frage kommt ausschließlich der Art. 16 der Völkerbundkonvention in Betracht, und zwar nach Maßgabe der bekannten Note. Weitere Abmachungen irgendwelcher Art bestehen nicht.

Dr. Strefemann ging dann zu den einzelnen deutschen Fragen über und behandelte die beiden

### Tagungen des Völkerbundesrates,

an denen Deutschland seit der letzten außenpolitischen Erklärung teilgenommen hat. Er gab der Erwartung Ausdruck, daß der lokale Verständigungswille, den wir geteilt haben, auch von der Gegenseite in den großen Fragen bezeugt werden wird, deren Lösung noch vor uns liegt.

Die baldige Räumung des Rheinlandes und die Rückgabe des Saargebietes an Deutschland.

Der Minister riet dazu, die weitere Entwicklung ohne Anbrüche der Ungeduld abzuwarten, aber das Wort „Anbrüche“ ist nicht gleichzusetzen mit passiver Resignation der Regierung. Wir haben es nicht nötig, den guten Willen der Gegenseite durch Wiederholung gemachter Angebote oder neuer Anerbietungen hervorzuheben, denn es handelt sich um eine Konsequenz, die im Interesse aller beteiligten Länder liegt. Dies ist eine Forderung des gesamten deutschen Volkes.

Der Minister schloß mit der Bitte um das Verzeihen der Regierung die Entscheidung darüber zu überlassen, welche Schritte nach dem weiteren Verlauf der Dinge zu tun sind.

über 2 1/2 Prozent nicht den Gläubigern zuteilen, sondern an eine Ueberleitungsstelle abgeführt werden sollen. Diese Ueberleitungsstelle soll durch eine Verordnung des Reichsjustizministers errichtet werden und gegebenenfalls die Beträge im Vermögenszwangsverfahren betreiben dürfen. Diese Zinsbeträge sollen bis zum 31. Dezember 1936 gelten. Vom 1. Januar 1927 sollen die gesamten Vermögensmassen dieser Ueberleitungsstelle an die Gläubiger nach gewissen Anteilen verteilt werden. Die Aufgaben der Ueberleitungsstelle werden in dem Entwurf ausführlich geregelt; sie betruhen von den gesamten Zinsbeträgen zu verwenden 50 Prozent für den Wohnungsausbau, 14 Prozent zur Entschädigung gewisser notleidender Gläubiger, die durch die Inflation in Vermögensverfall geraten sind, 11 Prozent zur Entschädigung notleidender Haushaltungen, wie der Kriegshinterbliebenen, der Kriegsschädigten, Kleinrentner usw., weitere zehn Prozent zur Verzinsung der Reichsschulden und 2 Prozent für die Verwaltungskosten der Ueberleitungsstelle.

Bei Beratung der Resolution über diesen Begehren war man, wie uns mitgeteilt wird, der Auffassung, daß die Ueberleitungsstelle den Charakter einer öffentlich-rechtlichen Anstalt haben würde, da sie durch Verordnung des Reichsjustizministers eingesetzt werden soll, und daß der ganze Entwurf den Charakter eines Abgabengesetzes trägt, und daß daher nach Art. 78, Abs. 4 der Reichsverfassung das Volksbegehren auch für diesen Begehren nicht zulässig ist.

Aus diesen Rechtsgründen wurde, wie wir bereits gehen mitteilen, der Antrag auf Volksbegehren abgelehnt. In die Erörterung darüber, ob dieser Begehren überhaupt denkbar wäre, ist die Reichsregierung nicht eingetreten.

## Der Ausgleich des Reichsetats.

Berlin. Ueber das Ergebnis der gestrigen Besprechung des Reichstages und weiterer Reichsminister mit Vertretern der Regierungsparteien über den Ausgleich des Voranschlags für den Etat 1927 berichtet die Tageschau noch, daß die Erhöhung der Beamtenbesoldung, die Verbesserung der Kriegsschädigtenfürsorge und die Berücksichtigung der Liquidationsgeschädigten, alles Ausgaben, die nicht im Rahmen des Voranschlags behandelt werden sollen, nicht etwa zurückgestellt worden sind. Die Regierung wird vielmehr eine entschiedene Erklärung in dem Sinne abgeben, daß sie für diese Ausgaben die Mittel in einem Nachtragsetat anfordern wird, selbst auf die Gefahr hin, daß eine sofortige Deckung dafür nicht vorhanden sein sollte.

## Der italienische Botschafter bei Dr. Strefemann.

Berlin. Der italienische Botschafter hat gestern abend Dr. Strefemann einen Besuch ab. Wie verlautet, hat der Botschafter im Anschluß an die der Reichsregierung am Sonnabend überreichte italienische Abkündigung dem Außenminister das angelegentlich ausführliche Material in der Form einer Aide Memoire überreicht.

Der deutsche Botschafter in Rom, von Neurath, wird heute in Berlin erwartet.